

Bürgerhaus Kronshagen

am 3. September, um 20 Uhr



Öffentliche Veranstaltung
mit

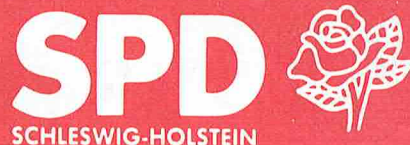
Hans-Jochen Vogel SPD-Vorsitzender

Philip Rosenthal Unternehmer

Ute Erdsiek-Rave SPD-Landtagskandidatin

Es spielen die Baltic-Jazzmen

ZEIT ZUM AUFKLAREN



kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung

August 87

Liebe Kronshagener!

Wir wollen Ihnen heute in einem kurzen Gespräch unsere Landtagskandidatin, Frau **Ute Erdsiek-Rave**, vorstellen. Sie wohnt in Kronshagen in der Volbehrstraße 32 und ist seit Jahren im Kreis Rendsburg-Eckernförde und im Ortsverein Kronshagen politisch aktiv. Ihre Interessenschwerpunkte liegen in der Schul- und Kulturpolitik und in der Arbeit für die Verbesserung der Gleichstellung von Männern und Frauen.

Fr. Erdsiek-Rave, Sie wollen am 13. September in den Landtag einziehen - was haben Sie sich persönlich vorgenommen für Ihre Arbeit, wo liegen Ihre besonderen Schwerpunkte?

Ich will mich besonders einsetzen für diejenigen, die es zur Zeit am schwersten haben bei uns: die Jugendlichen ohne Arbeit und qualifizierte Ausbildung, besonders die jungen Mädchen - die Frauen, die gerne wieder arbeiten möchten, aber den Anschluß verloren haben - die älteren Menschen, die Unterstützung und Hilfe brauchen, aber nicht abgeschoben werden wollen.

Als Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses im Kreistag werden Sie sich auch in Zukunft mit Schulpolitik beschäftigen.

Was möchten Sie verändern an unseren Schulen?

Ich möchte weniger an unseren Schulen, also am "System", etwas verändern, dazu hat meine Partei ja auch eindeutige Aussagen gemacht. Mir geht es vor allem um die Erziehung, das Leben in unseren Schulen. Natürlich ist Wissensvermittlung die erste Aufgabe der Schule, aber wir lernen und lehren viel zu "kopflastig", vernachlässigen die sozialen und musischen Fähigkeiten der jungen Menschen. Ich meine auch, daß Unwelterziehung, Erziehung zum Frieden, zur Gleichberechtigung mehr Raum haben müssen als bisher.

Sie werden sich als Abgeordnete in einem so großen und vielfältigen Wahlkreis mit sehr vielen politischen Fragen und Anliegen beschäftigen müssen: Wie wollen Sie damit umgehen?



Ute Erdsiek-Rave mit Ehrenbürgerin Ida Petersen

Zunächst mal: Auch meine politischen Interessen sind vielfältig. Und ich bin ein neugieriger Mensch und hoffe, daß ich ständig dazulerne. Nach meiner Erfahrung ist der beste Weg dafür das persönliche Gespräch, sind die Kontakte und Besuche vor Ort, in den Betrieben, Vereinen, Verbänden, Gruppen, aber auch mit einzelnen Menschen, die Anliegen und Probleme haben. Das ist schließlich der Anspruch, den die Menschen an ihre gewählten Abgeordneten haben, ein Anspruch, den sie aber oft schon gar nicht mehr stellen, weil Politiker ihnen so abgehoben und weit entfernt vorkommen und es oft auch sind. So möchte ich nicht werden.

Zum Schluß zwei eher unpolitische Fragen:

Sind Sie Schleswig-Holsteinerin? Und, wie lange leben Sie schon hier?

Ich bin an der Westküste geboren, in Niedersachsen aufgewachsen, habe ein paar Jahre in Stockholm gelebt und wohne seit 10 Jahren in diesem Wahlkreis, seit 1983 in Kronshagen. Ich fühle mich wohl hier, und das Auskennen ist für mich eine Frage eher des Interesses und der offenen Augen und Ohren als der Zeitdauer.

Fortsetzung des Gesprächs Seite 3

KRONSHAGEN



FÜR ENGHOLM

Kleingärtner am Eichkoppelweg

Sondersitzung der Gemeindevertretung beantragt

Noch vor der Landtagswahl im September soll nach Absicht der SPD-Fraktion die im April beschlossene Änderung des Flächennutzungsplanes erneut beraten werden. Ziel der SPD ist es, dem Willen der offenbar überfahrenen Kleingärtner entsprechend, die Gärten zu erhalten. Damit kehrt die SPD zu ihrer ursprünglichen Position zurück, nachdem sie zuvor aufgrund einer Aussage des Vorsitzenden des Pächtervereins (und Aussagen der Gemeindeverwaltung) einer Bebauung zugestimmt hatte.

Die SPD ist - nachdem die von Verwaltung und vom Vorsitzenden des Kleingartenpächtervereins initiierte Desinformationskampagne offengelegt wurde - nicht bereit, massiven CDU-geprägten Wirtschaftsinteressen ein über 80 Jahre altes Kleingartengelände zu opfern.

Nachstehend sei noch einmal der Ablauf in der Angelegenheit geschildert:

Chronologie

Die SPD-Fraktion beschließt am 06.07.78, einem Bauvorhaben der Wohnbau Nord GmbH im Bereich der Dauerkleingärten nicht zuzustimmen.

Am 27.11.78 erörterte der Vorstand des Kleingartenpächtervereins und die SPD-Fraktion die Situation der Kleingärtner am Eichkoppelweg. Das Gelände nördlich des Eichkoppelweges soll nach Auskunft des Bürgermeisters den Kleingärtnern noch etwa 5 Jahre zur Verfügung stehen. Die Kleingärtner sprechen sich für die Erhaltung aller Kleingärten aus. Für sie sind die Gärten wichtiger als noch so hohe Abfindungen. Die Fluktuation ist nicht sehr groß, auch wenn viele Kleingärtner Angehörige der Bundeswehr sind. Die Warteliste ist sehr lang. Bei der Neuvergabe wird angestrebt, das derzeit ausgeglichene Verhältnis zwischen Kieler und Kronshagener Nutzungsberechtigten zugunsten der Kronshagener Bürger zu ändern. Die SPD-Fraktion sagt zu, daß sie sich gegen eine Nutzungsänderung wenden wird, wenn versucht werden sollte, diese gegen den Willen der Kleingärtner durchzusetzen. Eine Abstimmung der Kleingärtner über Aufgabe oder Fortbestehen der Anlagen hat es bisher nicht gegeben, da dazu bisher kein Anlaß bestand. Der Vorstand des Kleingartenvereins und die SPD-Fraktion vereinbaren, ständig in Verbindung zu bleiben. Der Vorstand wird sich an die Fraktion wenden, sobald die Gärten in Gefahr sind und Kleingärtner mit einer Aufgabe nicht einverstanden sind.

Im August 1983 wird bekannt, daß die Baufirma Michel und Kliem aus Neumünster am Eichkoppelweg bauen will. In diesem Zusammenhang regt die CDU-Fraktion an, zu überlegen, ob die weitere Entwicklung des Ortes über Änderungen des Flächennutzungsplanes erfolgen solle oder ob eine generelle Fortschreibung des Flächennutzungsplanes zweckmäßiger sei.

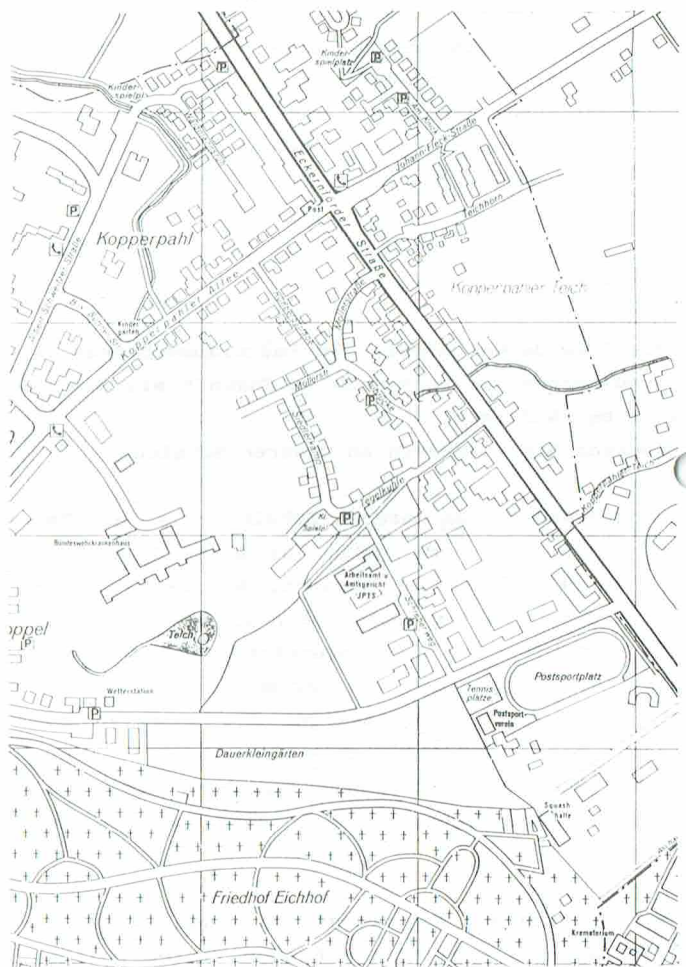
Knapp zwei Monate später präsentiert die CDU ihren Fortschreibungsantrag. Der Bauantrag der Neumünsteraner Firma soll im Rahmen der Fortschreibung beraten werden.

Am 05.11.83 besichtigt die SPD-Fraktion im Rahmen einer Ortsbegehung Schafskoppel und Kleingärten am Eichkoppelweg. Es wird beschlossen, die Kleingärten zu erhalten und höchstens einer Bebauung der Schafskoppel zuzustimmen.

Im April 1984 spricht sich die SPD für folgende Entwicklungsgrundsätze aus:

- Mietwohnungsbau hat Vorrang vor Eigenheimbau,
- Vor Ausweisung neuer Bebauungspläne sind Baulücken zu bebauen
- eine Rahmenplanung oder eine Änderung des F-Planes reicht aus, um das Ortsbild abzurunden und Baulücken zu schließen. Eine Fortschreibung des Flächennutzungsplanes ist nicht notwendig.

Im Mai 1985 wird dann bekannt, daß die Firma des CDU-Ratschmanns Michel mit der Stadt Kiel wegen der Bereitstellung von Ersatzgelände für Kleingärten verhandelt.



Nachdem bekannt geworden ist, daß sich die Kleingärtner südlich des Eichkoppelweges gegen hohe Abfindungen bereit erklärt haben (lt. Auskunft des Vorsitzenden des Pächtervereins, bestätigt durch die Verwaltung), stimmt die SPD-Fraktion einer Bebauung des Kleingartengeländes im Anschluß an den Friedhof zu. Gleichzeitig spricht sie sich für den Verbleib des Bauhofs am gegenwärtigen Standort aus.

Hintergründe

Nach der Kommunalwahl 1986 stimmt die CDU-Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion zu, den zuvor eilig durchgepeitschten Beschluß über die Ortsentwicklung aufzuheben und eine kleine Lösung anzustreben.

Im Rahmen der kleinen Lösung sollen nunmehr (nach CDU-Auffassung)

- die Feuerwehr am Eichkoppelweg zentralisiert werden und
- wegen angeblicher Bedarfsanmeldung Gewerbeflächen ausgewiesen werden.

Der alte Plan, auch den Bauhof an den Eichkoppelweg zu verlegen, wird von der CDU weiter verfolgt.

Der Ausweisung von Gewerbeflächen kann sich die SPD-Fraktion unter der Voraussetzung, daß die Gartenpächter einer Aufgabe ihrer Gärten zustimmen, nicht widersetzen. Der Beschluß, das Kleingartengelände zu bebauen wird bestätigt, zumal sich aus dem Entwurf für einen Landschaftsplan ergeben hat, daß die Kleingärten überdüngt seien und der Obstbaumbestand "vergreist" sei.

Für eine Verlegung des Feuerwehrgerätehauses und den Bauhof an den Eichkoppelweg sieht die SPD nach wie vor keine Notwendigkeit. Unter diesem Vorbehalt stimmte die SPD-Fraktion der Änderung des Flächennutzungsplanes am 07.04.87 zu.

Am 01. Juni 1987 werden die Bürger Kronshagens zum Aufstellungsbeschluß für die Änderung des Flächennutzungsplans im Bürgerhaus angehört.

Dabei wird deutlich, daß die Kleingärtner am Eichkoppelweg mit der Aufgabe ihrer Gärten und der Verweisung auf Ersatzgelände überhaupt nicht einverstanden sind. Offensichtlich ist, daß die betroffenen Gärtner erstmals durch die Bekanntgabe des Aufstellungsbeschlusses bzw. soweit sie nicht Leser der KN sind, während dieser Anhörung von dem schwerwiegenden Eingriff erfahren haben.

Die Grundlage für die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Bebauung des Dauerkleingartengeländes war damit entfallen.

Bereits 10 Tage nach der Bürgeranhörung sollte in der Gemeindevertretung der Beschluß über den Bebauungsplan für das Gelände am Eichkoppelweg gefaßt werden. Dieses Vorhaben, von Verwaltung und CDU schon vor der Bürgeranhörung für diesen Tag geplant, wurde den Bürgern bei ihrer Anhörung verschwiegen!

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde dann allerdings der Beratungsgegenstand Bebauung am Eichkoppelweg abgesetzt.

Gründe der SPD für den Absetzungsantrag:

1. Ein Beschluß zu diesem Zeitpunkt wäre eine Mißachtung der (eben angehört) Bürger, weil deren Bedenken in den kommunalen Gremien nicht mehr berücksichtigt werden sollten bzw. konnten.
2. Die Kleingärtner sind entgegen anderslautender Informationen der Verwaltung gegen die Aufgabe ihrer Gärten.

Björn Engholm:

Für einen aktiven Schutz im Kleingarten

"Je mehr Natur zubetoniert wird, je mehr sie zur bloßen Nutzfläche verkommt, desto wichtiger werden Gärten. Deshalb liegt die Verantwortung der Kommunen heute darin, die Bedeutung der Kleingartenanlagen als Schutzräume für die Natur und als Erholungsräume für die Menschen zu erhalten und auszubauen."

Auf der Jahresmitgliederversammlung des Landesbundes Schleswig-Holstein der Kleingärtner in Neumünster, sagte der Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Björn Engholm**: "Die Kleingärtner haben täglich Umgang mit der Natur. Kleingärten können wichtige Refugien für Tiere und Pflanzen sein. In ihnen erleben sowohl die Kleingärtner als auch die Stadtmenschen Natur. Sie finden dort Ruhe und Erholung."

Deshalb haben Kleingärtner eine besondere Verantwortung. Es ist wichtig, daß Kleingärtner als Vermittler für eine neue Naturanschauung eine aktive Rolle übernehmen. Kleingartenvereine sollten darüber nachdenken, wie sie ihr Anliegen und das der Natur noch mehr als bisher der Öffentlichkeit vermitteln können.

Fast 50.000 Menschen in 230 Vereinen sind im Landesbund Schleswig-Holstein der Kleingärtner organisiert. Eine große Zahl von Praktikern, die ihr Wissen um die Zusammenhänge der Natur durch das praktische Beispiel weitergeben können."

Aus unserem Ortsverein



Der SPD-Ortsverein Kronshagen dankte seinen Jubilaren für ihre treue Mitgliedschaft. Viele der geehrten Mitglieder sind schon in den 20er Jahren für Kronshagen in ihrer Partei politisch aktiv gewesen.

Das Interview

Fortsetzung von Seite 1

Was tun Sie in Ihrer Freizeit, wenn es die denn gibt für Politiker, haben Sie ein Hobby?

Wenn Politiker keine Freizeit mehr haben, werden sie unmenschlich.

Ich habe einen kleinen Sohn, meiner Familie gehört jede freie Minute, Klavierspielen, Singen, Musikhören und selbst musizieren, das tue ich sehr gern und hoffe sehr, daß ich in Zukunft auch Zeit dafür habe.

Vielen Dank, Frau Erdsiek-Rave, für dieses Gespräch. Wir wünschen Ihnen für den 13. September alles Gute.

Begegnungen in Mecklenburg

"Ihr wollt ja gar nicht mit uns reden", war ein Ausspruch, den der Gemeindevertreter Sakmirda bei einem touristischen Besuch in der DDR 1985 mehrfach hören mußte.

Es war einer der Gründe, in der Gemeindevertretung für die SPD-Fraktion den Antrag einzubringen, zu untersuchen, welche Möglichkeiten für eine Partnerschaft mit einer Gemeinde in der DDR bestehen. Das Ergebnis war, daß Herr Wilhelms von der CDU-Fraktion beauftragt wurde, Erkundigungen beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen einzuholen. Dabei ist es bis heute geblieben.

Mitglieder der SPD-Fraktion und des Ortsvereins der SPD, darunter dessen Vorsitzender Helmut Huneke und die Ehrenbürgerin der Gemeinde, Ida Petersen, sind inzwischen zu einem ersten Besuch in der DDR gewesen. Da es nicht um einen touristischen Besuch, sondern um Informationsgespräche vor Ort ging, waren die Vorbereitungen sehr zeitaufwendig. Dieser Besuchsreise vom 6. - 9. Juni 1987 gilt der folgende Bericht.

Nach einer Verzögerung an der Grenze, die das Reisebüro zu verantworten hatte, fuhren wir durch die idyllische frühsummerliche Landschaft Mecklenburgs, durch gelbe Rapsfelder und blühende Kastanienalleen. Der Empfang in Kühlungsborn (Bad mit dem längsten Kurstrand der Ostseeküste - 7 km -) war gastfreundlich, aber kurz - ohne Kofferauspacken mußte es weitergehen, denn man erwartete uns längst in Satow, Mittelpunktgemeinde von 2 200 Einwohnern im Spannungsfeld zwischen Rostock, Güstrow und Wismar. Unser Eindruck: Der Ideenreichtum eines engagierten Bürgermeisters hatte hier offenbar zündend gewirkt. Es konnten ausreichend Arbeitsplätze (900) geschaffen, Dienstleistungsbetriebe erhalten und damit die Abwanderung und das "Auspendeln" in die Städte vermieden werden. Trotzdem gelang es, den Dorfcharakter weitgehend zu bewahren.

Die Struktur der kommunalen Selbstverwaltung wurde uns nicht ohne Weiteres deutlich und ist mit der



unseren nicht vergleichbar. Die Kandidaten für den Rat der Gemeinde werden in den Betrieben und in den Wohnbezirken vorgeschlagen. Dabei soll z.B. die "Nationale Front" alle "gesellschaftlichen Gruppen" - wie Vereine und Verbände - einbeziehen. Die anwesenden Vertreter der gemeindlichen Organe der Bürgermeister (Bauernpartei), der Vorsitzende der "Nationalen Front" (CDU) und der ehrenamtliche SED-Sekretär, Dozent an der Universität Rostock, versuchten, uns die Zusammenarbeit der Parteien und Gruppen deutlich zu machen.

Unser nächstes Ziel - am Pfingstsonntag - war die Barlachstadt Güstrow und der Besuch der Barlach-Gedenkstätte, ehemals Atelier und Wohnhaus Barlachs, deren Gestaltung diesem bedeutenden Künstler gerecht wird.



Am Dienstag fuhren wir mit dem "Molli", einer historischen Eisenbahn mit Dampflok, nach Bad Döberan. Diese heute unter Denkmalschutz stehende Schmalspurbahn verbindet die Badeorte Kühlungsborn und Heiligendamm mit Bad Döberan (Fahrtkosten hin und zurück, ca 45 Minuten Fahrtzeit, 1,20 Mark). Nachmittags besuchten wir mit unserem Bus Warnemünde, den alten Fischerei- und modernen Fährhafen, ein Stadtteil von Rostock. Zum Abschluß der 3 Tage in Kühlungsborn veranstaltete unser Wirt mit seinem Personal einen "Mecklenburger Abend": Fischspezialitäten aus der näheren und fernerer Ostsee, Trachten und eine Ansprache in Mecklenburger Platt.

In Rostock, dessen Peripherie wir bei den anderen Fahrten schon mehrfach berührt hatten, wurden wir freundlich empfangen - trotz des Scheiterns der von Kiel (vielleicht auch von Rostock) gewünschten Partnerschaft. Von der nun möglichen Partnerschaft mit Stralsund erfuhren wir erst nach unserer Rückkehr.

Der 2. Leitende Stadtarchitekt erläuterte im Modellraum des Rathauses die Planvorstellungen zur Entwicklung Rostocks. Er begann mit einem geschichtlichen Rückblick, der bei der Ausgangslage nach dem

Begegnungen in Mecklenburg

2. Weltkrieg endete. 50 % der Gebäude waren durch Kriegseinwirkung zerstört worden. Neben dem Wiederaufbau des Stadtkerns wurden neue Wohngebiete auf der grünen Wiese begonnen. Diese neuen Stadtteile wurden ausnahmslos im Geschossbau errichtet. Die Häuserblocks sind jeweils um einen großen Innenhof mit Grünanlagen und Einrichtungen zur Versorgung der Bewohner, wie Läden, Kindergärten und andere Dienstleistungsunternehmen, angeordnet. Die Auto-stellplätze - außerhalb der Wohnanlagen - sind so angelegt, daß man sie bei Bedarf durch Parkpaletten erweitern kann. Dieser Bedarf, das war der Eindruck, kann in Rostock schon bald gegeben sein. So kam unsere Frage nach den öffentlichen Verkehrsmitteln, um die Arbeitsstätten in Warnemünde und im Ostteil der Stadt zu erreichen, automatisch. Es gibt eine S-Bahn und ein Busnetz mit relativ kurzer Bahn- und Busfolge. Eine vierspurige Stadtautobahn und große Parkplätze an der Neptunwerft lassen darauf schließen, daß man die Ausweitung des Individualverkehrs nicht verhindern will.

Bei einem Rundgang durch den Altstadtbereich erläuterte der Stadtarchitekt die Bemühungen, alte und historisch interessante Gebäude zu erhalten. Das war nicht möglich ohne mühsame Auseinandersetzungen mit denjenigen, die bei immer noch großem Wohnraumbedarf dem Totalabriß aus wirtschaftlichen Gründen den Vorrang gaben und geben.

Gespräche mit Normalbürgern sind bei Gruppenreisen nur eingeschränkt möglich. Das muß man einer Privatreise überlassen. Hierzu haben wir z. Z. mehr Möglichkeiten als unsere Landsleute in der DDR. Sollte die angekündigte großzügigere Reiseerlaubnis für DDR-Bürger Wirklichkeit werden, liegt es an uns, dies an den nur 15.-- DM Reisedevisen nicht scheitern zu lassen.

Zu registrieren war, daß die offizielle Sprache, der Politjargon, sich normalisiert hat. Das kann Anpassung oder Zeichen einer sich anbahnenden Liberalisierung sein. Es ist schwer, dies in 4 Tagen zu erkennen.

Befragt ob wir bald einmal wiederkämen, sagten wir (in Satow), es sei ja auf alle Fälle schwieriger, als z.B. ins westliche Ausland zu reisen, vor allem die bürokratischen Hürden an der Grenze. Die Antwort: Ob die Erklärung dafür nicht auch in unserer gemeinsamen Geschichte zu suchen sei? Dazu ließe sich noch manches sagen. Und deshalb sollten wir weiterhin solche Gespräche versuchen.

Heide Simonis, MdB, designierte Finanzministerin im Kabinett Engholm zur Steuerpolitik.

Die "größte Steuerreform aller Zeiten", so der Bundeskanzler, sollte es werden. Aber im nachhinein stellt sich heraus, daß die Steuerpolitik Stoltenbergs ungerecht, unredlich und unsolid ist.

1. Stoltenberg begünstigt vor allem die Bezieher hoher und höchster Einkommen: Während Bundeskanzler Kohl ab dem 1.1.1988 jährlich 27 000.-- DM an Steuern spart, eine Summe, die eine Verkäuferin nicht einmal brutto im Jahr verdient, hat diese Verkäuferin eine Entlastung von DM 38,58 im Monat.

Bezahlt werden soll das Steuergeschenk an Reiche jedoch von Normalverdienern. Höhere Mehrwertsteuer, höhere Verbrauchssteuern, Wegfall des Weihnachtsfreibetrages, durch Besteuerung der Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie der Personalrabatte. Die Senkung des Spitzensteuersatzes zahlt der "kleine Mann". **Das ist ungerecht und unsozial.**

2. Aber auch dann ist die sog. Steuerreform noch nicht bezahlt. Die Finanzierung von 19 Milliarden DM stehen noch in den Sternen. Sicher aber ist, daß Länder und Gemeinden die Zeche mit zu bezahlen haben. Allein für Schleswig-Holstein bedeutet dies Einnahmeausfälle von 700 Millionen DM im Jahr und die vier kreisfreien Städte werden Einnahmeausfälle in Höhe von DM 80 Millionen zu verkraften haben. Das bedeutet, Investitionen finden nicht mehr statt. Mit sog. Steinbruchlisten versuchen die Städte das schlimmste zu verhindern. Nicht viel besser wird es kleinen Gemeinden wie Kronshagen gehen, die nur deswegen noch nicht reagieren konnten, weil das Land sich zur Zeit noch weigert, ihnen genaue Zahlen zu geben. **Das ist unredlich.**

3. Das Finanzgenie Stoltenberg ist am Ende: Bund und Länder werden sich bis 1990 doppelt so hoch wie heute verschulden müssen. Der steuerpolitische Größenwahn des Bundesfinanzministers treibt die Bundesrepublik immer tiefer in eine dauerhafte Finanzkrise. Bund, Länder und Gemeinden sollen nach seinen Plänen 1990 zusätzliche Schulden von insgesamt 65 Milliarden DM aufnehmen. **Das ist unsolid.**

4. Der eigentliche politische Sprengsatz der sog. Steuerreform liegt jedoch in ihrer negativen gesellschaftspolitischen Wirkung. Die Kommunen tragen 70 % aller öffentlichen Investitionen. Allein für 1990 droht den Gemeinden ein Steuerausfall von rd. 10 Milliarden DM. Notwendige Investitionen werden weiter zusammengestrichen. Zu spüren bekommen dies vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, denen die Aufträge fehlen. **Das ist beschäftigungspolitisch verantwortungslos.**

Nach dem 13. September werden wir ggf. zusammen mit CDU geführten Ländern in einer Bundesratsinitiative den steuerpolitischen Größenwahn stoppen, nicht nur um finanziellen Spielraum für Arbeitsmarkt und Wirtschaft, für Umwelt, Sozial- und Kulturpolitik zu erhalten, sondern auch um die verheerenden sozialen Folgen zu stoppen.

KRONSHAGEN

FÜR ENGHOLM



Impressum: Kontakte
Sozialdemokratische Bürgerzeitung Kronshagen
Herausgeber: SPD-Kronshagen
V.i.S.P. Cord P. Lubinski
Elsa-Brändström-Str. 12, T: 54 27 58
Druck: Martin-Druck, Kiel

EINLADUNG
ZUM
22. AUGUST 1987
BÜRGERHAUS KRONSHAGEN

10 Jahre
Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Frauen
in Kronshagen



- ab 16.30 Uhr

"BILDER EINER AUSSTELLUNG"

Zeichnungen von Marie Marcks

und

"MARKT DER MÖGLICHKEITEN"

Kunsth Handwerk, Bücher, Brot, Rosen, Informationen, Getränke, Heide's. Trödelmarkt u.v.m.

- ab 19.00 Uhr

SCHNACK UND SNACK

Iranische Spezialitäten, gekocht von Iranerinnen

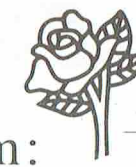
- 20.00 Uhr

"UND ABENDS INS KABARETT!"

Talk-Runde mit:
Heide Wieczorek-Zeul
Heide Simonis
Ute Erdsiek-Rave
Musik,
Kabarett;
durch den Abend führt:
Karin Hempel-Soos

Eintritt frei - jedefrau, jedermann, jedeskind sind herzlich willkommen (Kinderspielecke)

Mitwirkende: Gruppe "Schmelztiegel"; Friedensgruppe Kronshagen; 3.-Welt-Laden; Heide Simonis, MdB; Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB; Ute Erdsiek-Rave, SPD-Landtagskandidatin; Karin Hempel-Soos, Kabarettistin



Schleswig-Holstein

Björn Engholm:

Schleswig-Holstein hat Zukunft als Zentrum für den Norden

Gibt es noch ein Stückchen Republik nördlich von Hamburg? Eingepreßt zwischen Elbe, Meeren und nördlicher Grenze?

Für viele liegt Schleswig-Holstein „hoch im Norden“, am Rande Europas, weit weg vom Geschehen in den Zentren des Handels und der Kommunikation.

Aber für die 2,6 Millionen Menschen, die hier leben und arbeiten, sieht die Lage anders aus. Dieses Land mit seiner Natur und seinen Menschen, mit seiner Wirtschaft und seiner Arbeit, mit seiner Kultur, seiner Kunst und seiner Wissenschaft sowie seiner Liberalität und seiner Welt-offenheit ist unsere Heimat.

„Kontakte zu den Nachbarn nutzen“

In seiner Lage zwischen den Meeren — an der Nahtstelle zwischen Skandinavien und Mitteleuropa — und in seinen natürlichen Ressourcen liegen die Chancen für unser Land.

Von uns aus ist es nur ein Katzensprung nach Dänemark mit seinen Unterneh-



Der künftige Ministerpräsident: Björn Engholm spricht für Schleswig-Holstein

men für sanfte Energie und seinem Vorbild für kinderfreundliche Erziehung.

Schweden, wo wir lernen können, wie ein sozialgesteuerter industrieller Wandel vollzogen wird, liegt vor unserer Haustür.

Norwegen mit seiner erfolgreichen mittelständischen Wirtschaft und Finnland mit seinen enormen ökonomischen Erfolgen sind gleich vis-à-vis.

Noch unerschöpft sind unsere Kontakte zu deutschen Nachbarn DDR, zu Polen und der Sowjetunion. Zu den Chancen Schles-

wig-Holsteins gehören die Kontakte zu seinen Nachbarn — durch Städtepartnerschaften wie durch Kooperationen von Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Dazu gehören Vermittlungs- und Informationsbüros in Skandinavien, den osteuropäischen Ländern und Schleswig-Holstein. Sie müssen die wirtschaftliche Leistung des jeweiligen Landes repräsentieren, Kontakte herstellen, Möglichkeiten für die Zusammenarbeit ausloten.

Dazu gehören Stipendien für Universitäten und Ausbildungen in diesen Ländern.

Die alte Idee der Hanse, die die Länder in Nordeuropa lange verband, soll durch uns erneuert werden.

„Die Idee der Hanse erneuern“

Wir wollen die Initiative ergreifen, daß die uns verbindende Ostsee, das „Mare Balticum“, ein Meer des Friedens wird und eine Brücke des friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Austausches.

Wirtschaftsunternehmen lassen sich Verfahren und Produkte gemeinsam erforschen und entwickeln.

Bei gemeinsamen Projekten in der Energie-, Umwelt- und Forschungspolitik können wir die reichlich vorhandenen regenerativen Energieträger wie Sonne, Wind, Gezeiten und Biogas sowie die Meerestechnologie besser nutzen.

Wir brauchen eine koordinierte Verkehrspolitik zur Durchsetzung gemeinsamer nordischer Interessen im Straßen-, See-, Schienen- und Luftverkehr.

Auf den Gebieten von Wissenschaft, Bildung und Kunst kann durch vielfältige gemeinsame Projekte unsere geographische und menschliche Nähe zu den Ländern im Norden und

Wir Sozialdemokraten wollen unser Land zum modernen Zentrum im Norden machen. Mit einer auf die Ökologie ausgerichteten Politik für Wirtschaft und Technik wollen wir die Chancen für Schleswig-Holstein nutzen.

„Initiativen entwickeln“

Unser Land bietet von seinen Menschen und von seiner Geographie her die besten Vorbedingungen für eine qualifizierte Zusammenarbeit mit den skandinavischen Ländern. Aber man muß dort für diese Idee werben.

Als ich kürzlich die skandinavischen Hauptstädte besucht habe, mußte ich feststellen, daß Schleswig-Holstein bei Politikern und Wirtschaftsfachleuten eher eine unbekannte Größe ist.

Dies ist nicht die Schuld der skandinavischen Partner. Es ist die Schuld einer Landesregierung, die die Chancen verkennt, die unmittelbar vor unserer Haustür liegen. Und diese Chancen gilt es zu nutzen:

Nach 37 Jahren CDU-Herrschaft ist es endlich Zeit für einen Wechsel.
● Durch Kooperation von



Seit 22 Jahren verheiratet: Barbara und Björn Engholm

Osten Schleswig-Holsteins erfahrbar werden.

Wir können für einen Aufbruch des Geistes in Schleswig-Holstein sorgen. Wir können die brachliegenden Kräfte des Denkens für Alternativen und neue Konzepte gewinnen und mit ihnen gemeinsam einen Aufbruch im Norden schaffen, wie ihn das Land lange nicht erlebt hat.

Nach 37 Jahren CDU-Herrschaft ist es endlich Zeit für einen Wechsel.